



II— 1863 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

Zl. 143.110/5-I/4/77

1. Feber 1977

856 /AB

1977 -02- 01

zu 853/J

An den

Präsidenten des Nationalrates  
Anton B e n y a

Parlament  
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat VETTER und Genossen haben am 3. Dezember 1976 unter der Nr. 853/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

Die Firma Eisert AG, Feuerzeugfabrik in Heidenreichstein, NÖ, muß auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten (Exportprobleme) bis zum Jahresende insgesamt rund 270 Mitarbeiter entlassen. Der Betrieb in Waidhofen (160 Mitarbeiter) wird überhaupt geschlossen.

Laut Sozialistischer Korrespondenz vom 13. November 1976 haben Sie eine in einer Diskussion aufgeworfene Idee "der in Schwierigkeiten geratenen Feuerzeugfabrik so zu helfen, daß jeder ein Feuerzeug kaufen soll, auch

- 2 -

wenn er keines braucht" aufgegriffen und "als gute Idee" bezeichnet; zugleich haben Sie versprochen, dem Unternehmen eine solche Werbekampagne vorzuschlagen.

Die geplanten Entlassungen stellen das größte arbeitsmarktpolitische Problem des oberen Waldviertels dar. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Da die bisherigen regionalpolitischen Förderungsmaßnahmen offensichtlich nicht ausreichen, welche neuen zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen zur Verbesserung der Situation dieses Unternehmens sind seitens der Bundesregierung geplant?
2. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um im Einzugsbereich dieses Unternehmens Ersatzarbeitsplätze in zumutbarer Entfernung zu schaffen?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu Frage 1 :

Im Lichte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprobleme in den grenznahen Entwicklungsgebieten gegenüber der Tschechoslowakei, Ungarns und Jugoslawiens sowie in Erfüllung der Regierungserklärungen zu den Zielen und Aufgaben einer aktiven Raumordnungspolitik, beschloß die Bundesregierung, eine Reihe von Sofortmaßnahmen

- 3 -

zur Lösung besonders dringlicher Regionalprobleme in den Ost-Grenzgebieten mit den jeweiligen Landeshauptmännern zu besprechen und zu realisieren. Darüber hinaus befaßt sich die Österreichische Raumordnungskonferenz auf meinen Antrag mit den Fragen der Entwicklung der Ost-Grenzgebiete.

Im ERP-Jahresprogramm 1973/74 wurde erstmals ein "Sonderprogramm zur Schaffung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze in den grenznahen Entwicklungsgebieten des Mühl-, Wald- und Weinviertels, des Burgenlandes, der Steiermark und Teilen Kärntens" vorgesehen und mit einem Kreditvolumen von S 150 Mio dotiert. Mit Hilfe dieses Sonderprogrammes sollte die Investitionstätigkeit in den Ost-Grenzgebieten angeregt und gefördert, neue Dauerarbeitsplätze geschaffen und somit der Abwanderung aus diesen Gebieten entgegengetreten werden.

Im Frühjahr 1974 wurde in einem Gespräch zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und der Niederösterreichischen Landesregierung ein Programm von Entwicklungsmaßnahmen des Bundes für die niederösterreichischen Grenzgebiete vereinbart, in dem unter anderem für die Schaffung von Industriearbeitsplätzen im Rahmen des ERP-Grenzgebiets-Sonderprogrammes für Niederösterreich allein jährlich S 100 Mio an Kreditmitteln reserviert wurden. Im niederösterreichischen Grenzgebiet konnten seither industrielle Investitionen mit einem ERP-Sonderkreditvolumen von insgesamt S 180.9 Mio gefördert werden. Neben dieser Förderungsmaßnahme wurden eine vom Bund gemeinsam mit dem Land Niederösterreich getragene Grenzlandförderungsgesellschaft gegründet, Informations- und Beratungstage für die Industrie abgehalten, seither die Investorenwerbung intensiviert, die Fremdenverkehrswirtschaft bevorzugt gefördert und im Rahmen eines "5-jährigen agrarischen

- 4 -

Grenzlandprogrammes" den Landwirtschaftsbetrieben im niederösterreichischen Grenzraum allein S 155 Mio an Bundesbeihilfen und S 425 Mio an Agrarinvestitionskrediten zugeführt. Daneben wurden zahlreiche Projekte im Bereich der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur (Bundesschulen, Umschulungszentrum, Bundesstraßen, Trinkwasserversorgungs- und Entsorgungsanlagen, etc.) in Angriff genommen.

Da die Produktionsanlagen der Fa. Eisert entsprechend der räumlichen Abgrenzung der Ost-Grenzgebiete durch die Österreichische Raumordnungskonferenz im Förderungsgebiet des ERP-Grenzgebiets-Sonderprogrammes liegen, konnten seit 1973/74 die besonders günstigen Kredite des Sonderprogrammes auch durch dieses Unternehmen in Anspruch genommen werden.

Der Fa. Eisert wurden zwischen 1970 und 1976 im Rahmen des ERP-Kreditverfahrens namhafte Förderungsmittel zugeteilt.

Weitere von der Fa. Eisert geplante Investitionen mußten jedoch aufgrund struktureller Entwicklungen auf dem Weltmarkt (95 % der Produktion gehen in den Export) aufgegeben werden, für die ERP-Kredite bereits bewilligt worden waren.

Im Falle neuer Investitionspläne können auch künftighin ERP-Kredite sowohl im Rahmen des Normalverfahrens als auch im Rahmen des Grenzgebiets-Sonderprogrammes durch das Unternehmen beantragt werden.

Darüber hinaus haben die zuständigen Zentralstellen des Bundes mit potentiellen österreichischen Großabnehmern zwecks Abnahme größerer Posten von Feuerzeugen Kontakt aufgenommen.

- 5 -

In dem Bemühen, dem in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen Hilfestellung zu leisten und die Bestrebungen der Fa. Eisert zur Sicherung der Arbeitsplätze zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie am 7. Dezember 1976 ein eingehendes Gespräch mit der technischen Direktion des Unternehmens mit dem Ziele geführt, eine rasch wirksame Besserung der Situation des Unternehmens im Wege der Suche von Lohnaufträgen an die Firma Eisert herbeizuführen. Zu diesem Zweck wurde eine von der Firma Eisert vorgelegte Liste jener Firmen, die für Lohnaufträge in Frage kommen, von der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie durchgesehen und entsprechend erweitert. Bisher wurden vom Unternehmen bereits ca. 85 Firmen angeschrieben und auf die Möglichkeit von Lohnarbeit (Lohnfertigung) bei der Firma Eisert hingewiesen.

Weiters wurde seitens des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie mit den nachstehend angeführten Institutionen zu dem Zweck Kontakt aufgenommen, der Firma Eisert Lohnfertigungsaufträge auch durch ausländische Unternehmen zu verschaffen:

Amerikanische Handelskammer in Österreich, Deutsche Handelskammer in Österreich, Italienische Handelskammer für Österreich, Schweizer Handelskammer in Österreich, Schwedische Handelsbeauftragte in Österreich sowie Österreichische Handelskammer in der Schweiz.

An die genannten Institutionen wurde ferner das Ersuchen gerichtet, das allfällige Interesse von in Frage kommenden ausländischen Unternehmen an Kooperationen mit der Firma Eisert sowie an entsprechenden Beteiligungen festzustellen, die nach Auffassung des Bundesministeriums

- 6 -

für Handel, Gewerbe und Industrie zu einer dauerhaften Sanierung des Unternehmens führen könnten.

Schließlich wird das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie den Billigpreisimporten von Feuerzeugen aus Japan, die angeblich den Sicherheitsvorschriften nicht entsprechen sollen, besonderes Augenmerk widmen.

Seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wurden aus Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung folgende Förderungen an die Firma Eisert vergeben.

Investive Förderung der Lehrwerkstätte mit Maschinen gem. § 26 Abs. 4 AMFG im Jahre 1973 mit S 2,722.000,--

Beihilfen zur Facharbeiterkurzausbildung in Gesamthöhe von S 2,340.728,--

Förderung der Ausbildung der gewerblichen Lehrlinge im Lehrjahr 1974/75: S 700.000,--, im Lehrjahr 1975/76: S 500.000,--

Für das Lehrjahr 1976/77 wurden seitens der Arbeitsmarktverwaltung für den Zeitraum Jänner bis August 1977 S 340.000,-- in Aussicht gestellt.

Eine darüber hinausgehende betriebliche Förderung aus Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung ist nicht vorgesehen. Seitens der Firma Eisert wurde auch kein Förderungsbegehren gestellt. Die Arbeitsmarktverwaltung ist ebenfalls bestrebt, die von der Freisetzung betroffenen Arbeitskräfte durch Einsatz ihres Instrumentariums wie Beratung, Vermittlung und Schulung auf anderen Arbeitsplätzen unterzubringen, wie den Ausführungen zu Frage 2 zu entnehmen ist.

Zu Frage 2 :

Die zuständigen Zentralstellen des Bundes werden auch weiterhin bemüht sein, im oberen Waldviertel und insbesondere im Einzugsbereich der Firma Eisert die Ansiedlung

- 7 -

neuer und die Erweiterung bestehender industriell-gewerblicher Unternehmungen im Rahmen seiner Möglichkeiten zu fördern. So wird auch die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für Investoren - wie schon bisher - auch weiterhin bemüht sein, Investitionsvorhaben in das obere Waldviertel zu lenken. Die Informationsstelle wird dabei eng mit den einschlägig befaßten Dienststellen des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung sowie mit der zuständigen Betriebsansiedlungsgesellschaft zusammenarbeiten.

Weiters ist das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie bereit, in- und ausländische potentiellen Investoren bei der Erschließung begünstigter Finanzierungsmöglichkeiten beratend zur Seite zu stehen.

Für das mit Jahresende von der Firma Eisert stillgelegte Werk Waidhofen an der Thaya käme als Übernahmegesellschaft die Firma Vorsteher "Amba of Austria" in Frage.

Die Fa. Vorsteher würde sich vorerst in den ehemaligen Pieringwerken in Waidhofen einmieten und nach Abschluß der Adaptierungsarbeiten sukzessive in das Werk der Fa. Eisert übersiedeln. Die Firma wird mit 36 Arbeitskräften beginnen, im März soll die Zahl um weitere 30 Personen erhöht werden, bis zum Jahresende 1977 sollen etwa 100 Arbeitsplätze geschaffen sein.

Die arbeitsmarktpolitische Situation im Bezirk Waidhofen/Thaya stellt sich zur Zeit folgendermaßen dar:

Von den mit 31. Dezember 1976 freigestellten 151 Arbeitskräften der Fa. Eisert sind 52 Männer und 99 Frauen.

- 8 -

Die Arbeitsmarktverwaltung nahm Verhandlungen zur Unterbringung dieser Arbeitskräfte mit insgesamt ca. 50 Firmen auf. Unterbringungsmöglichkeiten bestehen für einzelne Arbeitskräfte im Bezirk Waidhofen bei den Firmen Test-Fuchs, (elektrische Prüfgeräte, Großsiegharts), Pollmann, (feinmechanische Instrumente, Karlstein) und Schrack, (Elektroindustrie, Waidhofen). Wegen einer Aufnahme von einer größeren Anzahl von Arbeitskräften im Schalterwerk der Fa. Schrack hat der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie mit Herrn Generaldirektor Schrack bereits am 1. Dezember 1976 erfolgversprechende Gespräche geführt.

Die Arbeitsmarktverwaltung erwartet zwar im Jänner 1977 auch bedingt durch die Jahreszeit ein vorübergehendes Ansteigen der Arbeitslosenziffer, es ist aber zu erwarten, daß bis zum Frühjahr 1977 der Großteil der freigestellten Arbeitskräfte überwiegend im Bezirk untergebracht sein wird. Zur Zeit gibt es im Bezirk etwa 100 freie Arbeitsplätze. Die Vermittlungsbemühungen werden durch die Zusage von Schulungsbeihilfen seitens der Arbeitsmarktverwaltung an die in Frage kommenden Betriebe unterstützt.

Im Bezirk Gmünd, in dem sich das zweite Werk der Fa. Eisert in Heidenreichstein befindet, wurden von der Firma 107 Arbeitskräfte freigestellt, von denen 84 aus dem Bezirk Gmünd, 1 aus dem Bezirk Waidhofen und 9 aus dem Bezirk Zwettl stammen. Von den bisher beim Arbeitsamt Gmünd gemeldeten 60 Personen sind 32 Männer und 28 Frauen. 4 Männer und 3 Frauen konnten sofort wieder vermittelt werden. Für 13 Männer liegen Aufnahmezusagen vor. Es gibt im Bezirk zur Zeit 48 offene Stellen.



- 9 -

Die Bemühungen der Arbeitsmarktverwaltung ergaben Vermittlungsmöglichkeiten zu den Firmen

Schösswender, Buntmetallgießerei in Litschau. Der derzeitige Beschäftigungsstand beträgt 40 Arbeitskräfte. In absehbarer Zeit soll aber auf 150 Arbeitskräfte aufgestockt werden.

Vöslauer Kammgarn in Heidenreichstein; für männliche Arbeitskräfte, die wegen Nachtarbeiten nicht auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind.

Einzelbedarf an Arbeitskräften haben die Firmen:

Felten & Guilleaume in Schrems

Fichtenbauer Möbel in Schrems

Stölzle Glasfabrik in Altnagelberg.

Mit der Fa. Kolomann-Handler, technische Fabrik in Wien 23, wurden Verhandlungen aufgenommen, da die Firma Bedarf an Arbeitskräften mit speziell bei der Fa. Eisert erworbenen Qualifikationen hat. Ein für einen Standort geeignetes Areal wurde der Firma schon angeboten.

